

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1532
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 47.

Mittwoch, 25. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Post. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 100 Zeilen 1. Klasse 25 Gold-Pfennige, 2. Klasse 20 Gold-Pfennige, 3. Klasse 15 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligung Rabatt nicht, wenn der Betrag verhältnißmäßig ist, durch Abgabe eingehender Briefe, sonstiger Angaben des Betreibers der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Beilegung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Thiemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zur Erkrankung des Reichspräsidenten.

Berlin, (Funkpruch 10 Uhr vorm.) Die Krankheit des Reichspräsidenten nimmt bisher einen normalen Verlauf. Temperatur, Puls und Allgemeinzustand sind zufriedenstellend.

Teilnahme an der Erkrankung des Reichspräsidenten.

Berlin. Aus Anlaß der Erkrankung des Reichspräsidenten haben die fremden Diplomaten teils durch persönliche Besuche, teils durch Befehle ihrer Vertreter ihre Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Im Laufe des gestrigen Tages haben vorgeladen: der spanische Botschafter Quintanilla, der englische Botschafter T. Abernethy, der französische Botschafter De Mauguier, der russische Botschafter Krestinski, der italienische Botschafter Graf Visconti, der japanische Botschafter Komura, der türkische Botschafter Kemal, der österreichische Gesandte Hübner, der schwedische Gesandte Freiherr Faurel, der schweizerische Gesandte Dr. Kästner, der belgische Gesandte Graf De Selys, der dänische Gesandte Kammerherr Kühle, der Gesandte von Uruguay Dr. Guarch, der lettische Gesandte Dr. Wolf, der polnische Gesandte Dicowiski, der chinesische Gesandte Woljomie der Generalagent für die Reparationszahlungen Barker Gilbert. Ferner haben der Reichskanzler, die Reichsminister, der preussische Ministerpräsident Marx, der bayerische Gesandte Dr. von Brenner, der württembergische Gesandte Dr. Votler, der badische Gesandte Dr. Rieber, der Hessische Gesandte Dr. von Freyberg von Siegelshausen, der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer und zahlreiche Parlamentarier und andere politische Persönlichkeiten Besuche abgehattet.

Deutschland wartet ab.

BRD, Berlin, 25. Februar. In den politischen Kreisen ist es aufgefallen, daß Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Rede vor dem Reichstag des Reichesverbandes der Deutschen Presse nicht zur außenpolitischen Lage geäußert hat. Nach den Äußerungen der offiziellen Regierungskreise mußte man annehmen, daß der Kanzler gerade wegen der außenpolitischen Situation die Gelegenheit wahrnahm, öffentlich zu sprechen. Man bringt die Zurückhaltung des Kanzlers jedoch in Zusammenhang mit den gegenwärtigen in London und Paris im Gange befindlichen Unterhandlungen und mit dem Bericht der deutschen diplomatischen Vertreter aus den alliierten Hauptstädten, die zur größten Mehrheit deutlicheren Aussagen machen. Es steht zweifellos fest, daß zwischen den alliierten Regierungen noch keine Annäherung erfolgt ist. England scheint sich sehr lebhaft für die Hinzuziehung Deutschlands zu den Abrüstungsverhandlungen einzusetzen, und zwar aus eigener Initiative, da, wie schon gemeldet wurde, die deutsche Regierung keineswegs abgesehen hat, eine Intervention Englands herbeizuführen. Auf der anderen Seite hat die französische Regierung das Bestreben, die Kontrollfrage mit dem Sicherheitsproblem zu verknüpfen und eine gleichzeitige Vereinbarung über beide Fragen herbeizuführen. An sich könnte Deutschland diesen Standpunkt akzeptieren, wenn unabhängig davon die Bestimmung der nördlichen Rheinlande auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages durchzuführen wird.

Die Reichsregierung hält ihrerseits an dem Standpunkt fest, daß Deutschland Anspruch darauf hat, bei den Verhandlungen der alliierten Regierungen über den Militärkontrollbericht gehört zu werden. Ohne eine aktive Beteiligung Deutschlands könne in der Abrüstungsfrage ebenso wenig ein Ergebnis erzielt werden, wie bei den Reparationsfragen, die auch nicht ohne Mitwirkung Deutschlands gelöst werden könnten. Es hat daher den Anschein, daß auch die amerikanische Diplomatie gegenwärtig bemüht ist, in diesem Sinne auf die alliierten Regierungen einzuwirken. Wenn die aus Washington vorliegenden Meldungen zutreffen, so stellt sich die amerikanische Regierung auf den Standpunkt, daß die europäischen Großmächte alle bestehenden Streitfragen unter sich bereinzeln müssen, wenn sie Wert darauf legen sollten, daß Amerika sich für die europäischen Angelegenheiten interessiert.

Der bisherige deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeldt, ist jetzt nach Berlin zurückgekehrt und hat der Reichsregierung über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen ausführlich Bericht erstattet. Was der Botschafter über die Auffassungen der amerikanischen Kreise hinsichtlich der Durchführung des Dawesplanes und der Gestaltung der politischen Beziehungen zu Deutschland zu berichten wußte, war durchaus befriedigend. Aus den Mitteilungen des Botschafters geht insbesondere hervor, daß die amerikanische Regierung trotz ihrer großen Zurückhaltung auch den denkbar größten Wert auf eine friedliche Beilegung der Reparationsfrage legt und in diesem Sinne befreit ist, auf die Entente vermittelnd einzuwirken.

Die Abreise des Botschafters v. Malzkahn.

Berlin, 25. Februar. Der neue deutsche Botschafter in Washington, Freiherr v. Malzkahn, der am Freitag nach Amerika abreisen wird, hatte eine lange Konferenz mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Außenminister Dr. Stresemann. Wie wir hören, hat der Botschafter wichtige Weisungen erhalten, da sein Eintreffen in Amerika zeitlich mit einer wichtigen Umgruppierung der amerikanischen Außenpolitik zusammenfällt. Ueber die besondere Mission, mit der Herr von Malzkahn vom Reichskanzler betraut worden ist, verläutet, daß sie mit der Reparationsfrage und dem Abrüstungsproblem in einem gewissen Zusammenhang steht.



Der neue Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Winkler, der vom Vertretertag der deutschnationalen Volkspartei einstimmig gewählt wurde.

Ein neuer Versuch in Preußen.

Berlin, 25. Februar. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß Anfang der nächsten Woche entscheidende Besprechungen in der preussischen Regierungskammer stattfinden werden, und daß eine ganz neue Wendung zu erwarten ist. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Situation werden zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Zentrum Besprechungen stattfinden, deren Ziel es sein würde, eine Beilegung des preussischen Konfliktes herbeizuführen. In den preussischen Zentrumskreisen glaubt man, daß es möglich wäre, zu einer Lösung der Regierungskrise zu kommen, wenn die Reichsparteien bereit sein würden, unter Marx ein überparteiliches Kabinett zu bilden, das nicht durch den Eintritt der Deutschnationalen einseitig orientiert sein dürfte. Die Vorberatungen hierzu sind jedoch noch nicht in Fluss gekommen, jedoch man kaum irgendwelche Voraussagen über die Aussichten einer solchen Lösung machen kann.

Das Abkommen über die 26 prozentige Ausfuhrabgabe gescheitert?

London. Obwohl kürzlich abgelehnt wurde, was in politischen Kreisen mit Sicherheit behauptet worden war, daß nämlich das zwischen dem Generalagenten für Reparationszahlungen, Barker Gilbert, mit dem britischen Schatzamt zustande gebrachte Abkommen über das Problem der 26prozentigen Ausfuhrabgabe nicht zustande gekommen sei, scheint sich diese Tatsache nunmehr zu bestätigen, und in politischen Kreisen gibt man jetzt zu, daß das Abkommen gescheitert. Man weiß aber nicht zu sagen, ob dieses Scheitern auf das Transaktionsmitte zurückzuführen ist, oder ob die deutsche Regierung Einwendungen machte. Es wird an offiziellen Stellen zugedacht, daß man niemals zu großen Hoffnungen auf das Abkommen gesetzt habe, weil es als unbeständig erdienen mußte. An der Ausfuhrabgabe selbst hat man in England kein großes Interesse, befürchtet aber, daß nunmehr, da das Abkommen zwischen Barker Gilbert und dem Schatzamt scheiterte, die Ratifizierung des deutsch-britischen Handelsabkommens verschoben werden könnte, was man in London als sehr unangenehm empfinden würde.

Eine unparteiliche englische Stimme.

London. Unter der Überschrift „Auf Befehl Fochs“ schreibt die Westminster Gazette an leitender Stelle: „Es sind fast zwei Monate vergangen, seitdem die Kölner Zone geräumt werden sollte und mit Ausnahme weniger Leute hat bis jetzt kein einziger Mensch etwas von den Beweisen gesehen, auf welche die Regierung ihre Ablehnung, den Kölner Brückentopf zu räumen, begründete. Nur ein paar Leute in Paris hätten den Kommissionsbericht gelesen und Marshall Foch und sein Komitee stellen jetzt ihre Betrachtungen darüber an. Es ist für jedermann rätselhaft, den Grund für die Einmischung Marshall Fochs in eine Angelegenheit zu verstehen, die in der Hauptsache England und Deutschland betraf.“ „Es scheint“, schreibt das Blatt, „daß man glaubt, sich nicht länger um die Ehre des englischen Volkes kümmern zu müssen, die mit der Einhaltung des Versailler Vertrages auf das engste verbunden ist. Es sei höchste Zeit, daß hiermit ein Ende gemacht werde. Wenn tatsächlich ernste Brüche der Militärklausel des Vertrages vorliegen, so sollte sowohl die englische Bevölkerung, und noch mehr die deutsche, wenigstens im allgemeinen mit der Beweiserhebung vertraut gemacht werden. Gegenwärtig belassen weder das englische Volk noch Deutschland die Möglichkeit, darüber zu urteilen, ob und welches von den beiden Ländern die Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt habe.“ Das Blatt gibt also dem Hoffnungen Ausdruck, daß die Regierung die Notwendigkeit einer sofortigen Abhilfe zu würdigen wisse.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen vor der Entscheidung.

Berlin, 25. Februar. Wie wir soeben erfahren, wird im Laufe des Donnerstags die Entscheidung über das Zustandekommen eines deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens fallen. Die deutsche Regierung hat bereits einen endgültigen Beschluß gefaßt, der den Staatssekretär Trendelenburg ermächtigt, ein deutsch-französisches Abkommen zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung hängt aber von einem wichtigen Beschreib ab, den der französische Handelsminister Reynaldi am Donnerstag den Staatssekretär Trendelenburg erteilen wird. Solange die französische Antwort auf die von deutscher Seite gestellte Anfrage noch nicht vorliegt, läßt sich nicht voraussagen, ob die Unterzeichnung des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens am Donnerstag oder Freitag erfolgen wird. Die von anderer Seite in großer Aufmerksamkeit verfolgte Meldung, daß der Sekretär des deutschen Delegationsführers Trendelenburg auf dem Wege nach Berlin ist, um der Reichsregierung gewisse Mitteilungen zu überbringen, hat im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entscheidung keinerlei Bedeutung. Der Sekretär soll lediglich der Berliner Regierung den Entwurf des Protokolls zur Kenntnis bringen, das von der deutschen Delegation für den Fall einer endgültigen Einigung ausgearbeitet worden ist.

Admiral Guido v. Hedem 7.

Schweden. Der stark gekrümmte im 71. Lebensjahr Admiral Guido v. Hedem. Er war der 71. Lebensjahr der Seymour-Expedition nach Ostasien auf den Ruf des englischen Admirals The Germans to the front seinen tapferen Truppen voranleitete. Im Weltkrieg verteidigte er die türkischen Meerengen gegen das Eindringen der englisch-französischen Flotte.

Die polnischen Rüstungen.

Warschau. In der Budgetkommission des Parlaments wies der Berichterstatter darauf hin, daß im Vorjahr ganz Europa stark gerüstet habe. Deutschland habe beispielsweise nach den von englischen Mitgliedern der Kontrollkommission angegebenen Ziffern 500.000 (!) Truppen verschiedener Formationen in Bereitschaft. Der Stand der deutschen Industrie zeige ebenfalls von der Bereitwilligkeit Deutschlands, auch Rußland teilig daran, in seine Rüstungen zu beschleunigen. Ein Vergleich des diesjährigen polnischen Budgets mit dem vorjährigen zeige eine Vergrößerung der Ausgaben für technische Ausrüstungen, die kaum 10,9% des gesamten Staatsbudgets betragen, während sie in Frankreich 24, in der Tschechoslowakei sogar 30,3% ausmachten. Im allgemeinen sei festzustellen, daß das jetzige Budget im Zeichen der Sparlichkeit aufgestellt worden sei.

Weitere Verhaftungen im Leipziger Polizeiskandal.

Leipzig. Wie wir erfahren, sind im Falle Rouvel im Laufe des Dienstag vormittags 5 weitere Beamte vom Polizeipräsidium Leipzig inhaft genommen worden. Die Verhafteten wurden auf Grund eines Haftbefehls vom hiesigen Leipziger Kriminalbeamten in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Dort wurden sie im Laufe des Nachmittags eingehend vernommen. Wie es heißt, soll Rouvel einem Leipziger Kriminalhauptwachmeister über die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, daß er mit Taschendieben gemeinsame Sache gemacht habe, ein umfassendes Geständnis abgelegt haben. Er habe dabei angegeben, daß nicht er allein mit den Taschendieben verkehrt habe, sondern daß dabei auch noch mehrere andere Leipziger Kriminalbeamte beteiligt gewesen seien. Die einseitige Untersuchung gegen die 5 Beamten wird Licht in die Affäre bringen.

Rundgebung der Berliner Vantangeestellten.

Berlin. Anlaßlich des Zusammenstufes des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Vantangeestellten und des Reichsverbandes der Vantangeestellten unter dem Namen Allgemeiner Verband Deutscher Vantangeestellten fand im Riegervereinshaus in Berlin eine große öffentliche Kundgebung der Vantangeestellten statt. — Das Hauptreferat hielt Nationalrat Ullrich, Geschäftsführer des im engen Kartellverhältnis mit dem deutschen Verbands stehenden österreichischen Reichsvereines der Vant- und Sparfassenbeamten. — Für den neuen Einheitsverband wandten sich in kurzen Ansprachen u. a. Marx, Dr. Grell und Emonts an die über 3000 Köpfe zählende Versammlung. Sämtliche Redner feierten den erfolgten Zusammenschluß der Vantangeestellten als ein Ziel, dessen Notwendigkeit schon lange bestand und das nun endlich erreicht worden sei.

Zum Schiedspruch im Ruhrbergbau.

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Essen. Die vier Bergarbeiterverbände veröffentlichen einen Aufruf, in dem gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches über die Reparaturfrage für den Ruhrbergbau Stellung genommen wird.